

**Neues Leitbild „Wehrhafter Frieden“**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 122 vom 27. Mai 2022

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 122 vom 27. Mai 2022, S. 8,  
unter dem Titel:

"Neues Leitbild ‚Wehrhafter Frieden‘. Der Ukrainekrieg  
hat die Stimmung völlig verändert."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	In den 1980er Jahren: ...starke Unterstützung der Friedensbewegung ...
	A	2	...auch für einseitige Abrüstung ...
	A	3	...nur wenige Grüne glaubten an militärische Abschreckung
	A	4	Angst vor russischem Einsatz von Atomwaffen im Ukrainekrieg
	A	5	Weniger Rückhalt für die NATO in Ostdeutschland
	A	6	Unterschiedliche Einstellungen zu militärischer Neutralität in Ost und West
	A	7	Eine relative Mehrheit der Ostdeutschen möchte sich aus allen militärischen Bündnisverpflichtungen heraushalten
	A	8	Einstellungen zu deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine in Ost und West
	A	9	Haltungen zu Russland
	A	10	Frieden um den Preis der Unterwerfung?
	A	11	Grundsätzliche Haltungen zu Krieg
	A	12	„Frieden schaffen ohne Waffen“
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Westdeutschland: in den 80er Jahren geprägt von der Friedensbewegung
		2	Sicherheit durch Abschreckung?
		3	Kaum noch Zweifel am Wert der NATO-Mitgliedschaft
		4	Wachsende Akzeptanz der Bündnispflichten
		5	Positionsunterschiede zwischen Ost und West

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Neues Leitbild „Wehrhafter Frieden“**

Es ist heute kaum noch vorstellbar, in welchem Ausmaß die Friedensbewegung in den 80er Jahren die Gesellschaft mobilisierte und veränderte. In Europa und auch den USA demonstrierten damals Hunderttausende gegen Nachrüstung und insbesondere Atomwaffen. Im Oktober 1981 demonstrierten in Bonn 350.000 Menschen, im November in Amsterdam 400.000; im darauffolgenden Jahr erlebte New York mit 1 Million die größte Demonstration im amerikanischen Raum; fast zeitgleich demonstrierten 500.000 in Bonn anlässlich des Staatsbesuchs des damaligen Präsidenten Reagan. Eine weitere große Demonstrationswelle gab es im Herbst 1983 zeitgleich in mehreren europäischen Hauptstädten.

Die Friedensbewegung veränderte Politik und Gesellschaft. Das Parteienspektrum erweiterte sich durch das mit der Friedensbewegung eng verbundene Wachstum der Grünen, gleichzeitig vollzog die SPD eine Kehrtwende ihrer Sicherheitspolitik. Helmut Kohl kam im Rückblick immer wieder darauf zu sprechen, dass er von einem Hubschrauber aus die protestierenden Massen im Bonner Hofgarten

sah und sich fragte, ob es sein kann, dass sich derart viele irrten, die sich gegen die von ihm verfochtene Nachrüstung wandten.

Die Bevölkerung identifizierte sich zunehmend mit der Friedensbewegung, insbesondere die junge Generation: 1984 unterstützten 54 Prozent der Westdeutschen, 67 Prozent der unter 30-Jährigen die Friedensbewegung, nicht einmal jeder Vierte distanzierte sich von ihren Zielen. Die in dieser Zeit kontinuierlich fortgeführten Trendreihen des Allensbacher Instituts zeigen, dass sich die Überzeugung, dass Vorleistungen bei der Abrüstung den Weg zu Entspannung und dauerhaftem Frieden ebnen würden, über die 80er Jahre hinweg kontinuierlich ausbreitete: "Bei der Abrüstung kann es nur einen Fortschritt geben, wenn eine Seite einmal damit anfängt. Das wäre ein Vertrauensbeweis, den die andere Seite nicht außer Acht lassen kann. Das würde wirklich zu Frieden und Entspannung führen" – diesem Credo stimmten 1981 33 Prozent der Westdeutschen zu, 1985 47 Prozent, 1989 59 Prozent. Unter den damaligen Anhängern der Grünen gab es einen noch weitgehenderen Konsens: 77 Prozent votierten für Vorleistungen bei der Abrüstung, nur 11 Prozent sprachen sich dagegen aus.

Tabelle A 1

Schaubild 1

Dagegen nahm die Sorge, sich durch Abrüstung auszuliefern und erpressbar zu machen, kontinuierlich ab. Zu Beginn der 80er Jahre teilten noch 46 Prozent der Westdeutschen diese Sorge, am Ende der 80er Jahre nur noch 26 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt war auch nur noch eine Minderheit überzeugt, dass Abschreckung durch eine ausreichende eigene

Tabelle A 2

militärische Schlagkraft ein Sicherheitsgarant sein kann. 38 Prozent der Westdeutschen erschien das damals plausibel, 6 Prozent der Anhänger der Grünen.

Tabelle A 3

Alle diese Entwicklungen und erbittert geführten Debatten vollzogen sich vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes der scheinbar festgefühten und hochgerüsteten Blöcke. Dann veränderten der Fall der Mauer, die Auflösung des Warschauer Paktes und der Zerfall der Sowjetunion die Welt und damit die Weltbilder. Plötzlich schienen die Gefahren dieser Konfrontation gebannt, der Friede gesichert, Freiheit und Demokratie unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Die Friedensbewegung verebbte, die Gegnerschaft gegen Atom fokussierte sich noch einige Jahre auf die Kernenergie, aber kaum mehr auf die Atomwaffenarsenale, die ja durchaus fortbestanden oder sogar neu aufgebaut wurden durch Staaten mit teilweise besorgniserregender politischer Verfassung und Instabilität.

Nun, gut drei Jahrzehnte später, herrscht Krieg in einem europäischen Land, der von einer Atommacht geführt wird gegen ein Land, das gegen internationale Sicherheitsgarantien auf die nach 1991 im Land verbliebenen Atomwaffen verzichtet hatte. In den ersten Wochen des Krieges überwogen in Deutschland Schock und die Sorge, dass das Land unmittelbar in den militärischen Konflikt hineingezogen werden könnte. Plötzlich war auch die Angst vor Atomwaffen wieder da; 68 Prozent der Bevölkerung waren sehr besorgt,

Tabelle A 4

dass Russland Atomwaffen einsetzen könnte, sind es überwiegend auch noch.

Aber die Stimmung ist völlig anders als in den 80er Jahren. Sicherheit durch eigene militärische Stärke hält heute die Mehrheit der Bürger für ein überzeugendes Konzept. Statt 38 Prozent wie 1989 sind heute 62 Prozent der Westdeutschen überzeugt, dass einem Angriff durch Russland am besten durch Abschreckung vorgebeugt werden kann, durch die Stärkung der eigenen militärischen Schlagkraft. Einseitige Vorleistung bei der Abrüstung hält nur noch jeder Dritte für aussichtsreich, gegenüber 59 Prozent am Ende der 80er Jahre. Die Mehrheit ist überzeugt, dass sich ein Staat durch einseitige Abrüstung ausliefert und erpressbar macht.

Schaubild 2

Tabelle A 2

Besonders bemerkenswert ist die Neupositionierung der Grünen. Nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges und der raschen und klaren Positionierung der grünen Minister und Parteispitze wurde häufiger die These vertreten, dass dies die Partei, die auch aus der Friedensbewegung der 80er Jahre hervorgegangen ist und von ihr zutiefst geprägt war, in eine Zerreißprobe führen und ihr einen Teil ihrer Anhänger entfremden würde. Tatsächlich versammelt sich jedoch die große Mehrheit der Anhänger hinter dem Kurs ihrer führenden Politiker, und die Grundhaltungen zu Abschreckung durch eigene militärische Stärke und zur Abrüstung haben sich in keiner politischen Gruppierung vergleichbar verändert wie bei den Grünen. 1989 waren lediglich 6 Prozent der westdeutschen Anhänger der Grünen überzeugt, dass wirksame

Tabelle A 3



Abschreckung die beste Verteidigung ist, heute sind es 62 Prozent. Die Hoffnung, dass einseitige Vorleistungen bei der Abrüstung erfolgversprechend sind, ist von 77 auf 35 Prozent geschrumpft.

Tabelle A 2

Bemerkenswert ist jedoch, wie unterschiedlich Ost und West auf die aktuelle Krise reagieren. Während die große Mehrheit im Westen Abschreckung durch eigene militärische Stärke für geboten hält, teilen nur 30 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung diese Auffassung. 58 Prozent der Westdeutschen votieren für eine Verstärkung der NATO-Truppen, dagegen nur 29 Prozent der Ostdeutschen; fast die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung spricht sich dagegen aus, in Westdeutschland lediglich 17 Prozent. Zwar ist auch in Ostdeutschland unter dem Eindruck des Krieges der Rückhalt für die Mitgliedschaft in der NATO signifikant gewachsen, bleibt aber nach wie vor weit hinter dem Rückhalt in Westdeutschland zurück: 91 Prozent der Westdeutschen, 62 Prozent der Ostdeutschen halten es für wichtig, dass Deutschland zum Schutz seiner eigenen Sicherheit NATO-Mitglied ist. Wenn als Alternative Neutralität und Rückzug aus militärischen Bündnissen zur Diskussion gestellt wird, ist das Meinungsbild in Westdeutschland eindeutig, in Ostdeutschland dagegen völlig gespalten: Während die große Mehrheit der Westdeutschen diese Option für Deutschland ausschließt, teilen 38 Prozent der Ostdeutschen diese Position; 37 Prozent votieren dagegen für Rückzug und Neutralität. Interessant sind bei dieser Frage die übereinstimmenden Reaktionen der Anhänger der AfD und der Linken: Sie stimmen – anders

Tabelle A 3

Tabelle A 5

Tabelle A 5

Tabelle A 6

als die Anhänger aller anderen Parteien –  
mehrheitlich für Rückzug und Neutralität.

Insgesamt ist nach dem Angriff auf die Ukraine  
der Rückhalt für die Mitgliedschaft in der  
NATO auf einem Höhepunkt: 86 Prozent der  
Bevölkerung halten die Mitgliedschaft für  
wichtig. Auch das Bewusstsein, dass daraus  
Bündnispflichten erwachsen, und die  
Bereitschaft, diese Pflichten zu akzeptieren,  
sind gewachsen. Im Januar votierten 44 Prozent

Schaubild 3

der Bevölkerung dafür, dass sich Deutschland  
an der Verteidigung eines angegriffenen  
NATO-Partners beteiligen sollte, im März 48  
Prozent, jetzt 58 Prozent. Auch hier scheiden  
sich allerdings wieder Ost und West: Während  
63 Prozent der Westdeutschen dafür plädieren,  
in einem solchen Fall den Bündnispflichten  
nachzukommen, wird diese Position in  
Ostdeutschland nur von 36 Prozent unterstützt;  
eine relative Mehrheit hält es dagegen für  
besser, alles zu versuchen, sich aus einem  
solchen Konflikt herauszuhalten.

Schaubild 4

Schaubild 5

Tabelle A 7

Auch jenseits der Bündnispflichten steht die  
ostdeutsche Bevölkerung jeglichem  
militärischen Engagement kritischer  
gegenüber. Das gilt besonders ausgeprägt für  
die Unterstützung der Ukraine. 55 Prozent der  
Westdeutschen, aber nur 21 Prozent der  
Ostdeutschen befürworten Waffenlieferungen  
an die Ukraine; die Lieferung speziell schwerer  
Waffen wird in West und Ost kritischer  
gesehen. Westdeutschland ist in dieser Frage  
gespalten, in Ostdeutschland wird die  
Lieferung schwerer Waffen von der  
überwältigenden Mehrheit abgelehnt. Die  
großen Unterschiede zwischen Ost und West

Tabelle A 8

gehen nicht nur auf eine geringere Unterstützung der ostdeutschen Bevölkerung für jegliches militärisches Engagement zurück. Vielmehr spielt hier für Ostdeutsche auch eine große Rolle, dass Russland involviert ist. Nach wie vor wird Russland – wie auch die USA – in Ostdeutschland anders gesehen als in Westdeutschland. Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung spricht sich für Bemühungen aus, so rasch wie möglich wieder gute Beziehungen zu Russland zu etablieren, eine Forderung, die die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen kann. Die unterschiedlichen historischen Prägungen sind nach wie vor wirksam.

Tabelle A 9

Hoffnungen, dass es in absehbarer Zeit zu einem Waffenstillstand und einer Verhandlungslösung kommt, hält die große Mehrheit für unrealistisch. 63 Prozent glauben nicht, dass Russland dazu bereit ist, selbst wenn die Waffenlieferungen eingestellt würden und die Ukraine signalisierte, ihren Abwehrkampf zu beenden. Hier überwiegt auch in Ostdeutschland die Skepsis. Einen Frieden, der mit Unterwerfung bezahlt wird, hält die Mehrheit für nicht akzeptabel: Nur 22 Prozent halten diesen Preis für gerechtfertigt, wenn damit erreicht wird, dass die Menschen wieder in Frieden leben können. 57 Prozent vertreten dagegen die Position, dass man bereit sein muss, sein Land und die Freiheit mit allen Mitteln zu verteidigen, auch mit einem Abwehrkrieg. Am wenigsten wird diese Haltung von den Anhängern der AfD vertreten, am entschiedensten von den Anhängern der Grünen.

Tabelle A 9

Tabelle A 10

All das bedeutet nicht, dass die Bevölkerung Frieden und Friedenssicherung heute geringere Bedeutung beimisst. Zwei Drittel halten nur einen Verteidigungskrieg für gerechtfertigt; die meisten von ihnen betonen im selben Atemzug, dass jeder Krieg gegen Menschenrechte verstößt und unermessliches Leid mit sich bringt. Die Mehrheit ist auch überzeugt, dass ein Krieg selbst für den Sieger überwiegend Opfer und Nachteile mit sich bringt. "Frieden schaffen ohne Waffen" – dieser Slogan der Friedensbewegung drückt heute noch mehr als in den 80er Jahren das aus, was sich die Bevölkerung von Herzen wünscht. Gleichzeitig wird diese Vision jedoch heute von der Mehrheit als utopisch bewertet. Die Bevölkerung ist alles andere als bellizistisch gestimmt. Sie ist heute jedoch anders als in den 80er Jahren mit einem erbarmungslosen Angriffskrieg konfrontiert, der keinen Raum für Hoffnungen lässt, dass alle Seiten auch aus eigenem Interesse an Friedenssicherung und dem Wohl der Menschen interessiert sind. Und so trägt Putins Krieg dazu bei, dass das neue Leitbild der Bevölkerung der wehrhafte Frieden ist.

Tabelle A 11

Tabelle A 12

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1118
Befragungszeitraum:	6.5. bis 18.05.2021
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

In den 1980er Jahren: starke Unterstützung  
die Friedensbewegung ...

Tabelle A 1  
Westdeutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Bei uns in der Bundesrepublik gibt es ja die Friedensbewegung, die sich dafür einsetzt, dass der Westen bei der Abrüstung vorangeht. Sind Sie alles in allem für oder gegen die Friedensbewegung?"

	Westdeutsche insgesamt	Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 J. u.älter
	%	%	%	%	%
Bin für die Friedens- bewegung .....	54	67	59	49	41
Bin gegen die Friedens- bewegung .....	23	14	21	30	28
Unentschieden	<u>23</u>	<u>19</u>	<u>20</u>	<u>21</u>	<u>31</u>
	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4140, November 1984

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über Abrüstung. Wenn Sie das einmal lesen: Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"  
(Bildblattvorlage)

	Westdeutschland				Anhänger der Grünen	
	1981 %	1985 %	1989 %	2022 %	1989 %	2022 %
„Ich finde, bei der Abrüstung kann es nur dann einen Fortschritt geben, wenn eine Seite einmal damit anfängt. Das wäre ein Vertrauensbeweis, den die andere Seite nicht außer acht lassen kann. Das würde wirklich zu Frieden und Entspannung führen.“ .....	33	47	59	30	77	35
„Das sehe ich anders. Ein Staat, der einseitig abrüstet, liefert sich damit möglichen Angriffen aus. Man kann ihn erpressen und dadurch wird er dann eher zur Unsicherheit beitragen als zum Frieden (1981-1989: "zwischen Ost und West")“ .....	46	35	26	52	11	50
Unentschieden.....	$\frac{21}{100}$	$\frac{18}{100}$	$\frac{15}{100}$	$\frac{18}{100}$	$\frac{12}{100}$	$\frac{15}{100}$



...nur wenige Grüne glaubten an militärische Abschreckung

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn jemand sagt, ein Angriff aus Russland\* kann am besten durch Abschreckung verhindert werden, wenn der Westen selbst ausreichend gerüstet ist. Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?"

(Formulierung 1989: „...aus dem Osten ...“)

	Westdeutschland				Ost- deutschland 2022
	1989		2022		
	insge- samt	Anhänger der Grünen	insge- samt	Anhänger der Grünen	
	%	%	%	%	%
Zustimmen.....	38.....	6	62 .....	62	30
Nicht zustimmen .....	39.....	72	17 .....	13	47
Unentschieden.....	<u>23</u> .....	<u>22</u>	<u>21</u> .....	<u>25</u>	<u>23</u>
	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5026, 12054

Angst vor russischem Einsatz von Atomwaffen  
im Ukrainekrieg

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"

Bevölkerung  
insgesamt

%

Auszug aus den Vorgaben

Dass Russland Atomwaffen einsetzen könnte

68

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12051, März 2022

Weniger Rückhalt für die NATO in Ostdeutschland

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wären Sie dafür oder dagegen, dass die NATO ihre Truppen verstärkt?"

	Bevölkerung insgesamt %	West %	Ost %
Dafür.....	53	58.....	29
Dagegen.....	22	17.....	47
Unentschieden.....	<u>25</u>	<u>25</u> .....	<u>24</u>
	100	100	100

FRAGE: "Glauben Sie, dass es für die Sicherheit unseres Landes heute noch wichtig ist, dass wir Mitglied der NATO sind, oder ist das heute für die Sicherheit unseres Landes nicht mehr wichtig, oder war das noch nie wichtig?"

	Bevölkerung insgesamt %	West %	Ost %
Heute noch wichtig.....	86	91.....	62
Heute nicht mehr wichtig.....	3	2.....	8
War noch nie wichtig.....	4	2.....	13
Weiß nicht, unentschieden.....	<u>7</u>	<u>5</u> .....	<u>17</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Unterschiedliche Einstellung zu militärischer Neutralität in Ost und West

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja sogenannte neutrale Länder, also Länder, die in keinem Militärbündnis Mitglied sind, z.B. die Schweiz, Österreich, Schweden oder Irland. Wie sehen Sie das: Wäre das auch der richtige Weg für Deutschland, sollte sich Deutschland also auch aus allen Militärbündnissen zurückziehen, oder ist das nicht der richtige Weg für Deutschland?"

	Bevölk. insg. %	West %	Ost %	Anhänger der –					
				CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Zurückziehen .....	20	16 .....	37	15 .....	23 .....	19 .....	8 .....	49 ...	53
Nicht der richtige Weg für Deutschland.....	57	61 .....	38	67 .....	53 .....	64 .....	63 .....	19 ...	21
Unentschieden.....	<u>23</u> 100	<u>22</u> .....	<u>25</u> 100	<u>18</u> .....	<u>24</u> .....	<u>17</u> ...	<u>29</u> .....	<u>32</u> .	<u>26</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Eine relative Mehrheit der Ostdeutschen möchte sich aus allen militärischen Bündnisverpflichtungen heraushalten

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal angenommen, ein anderer NATO-Mitgliedstaat wird angegriffen: Sollte sich Deutschland in diesem Fall an einem Militäreinsatz zur Verteidigung dieses Landes beteiligen, oder sollte Deutschland sich möglichst aus einem Militäreinsatz heraushalten?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Beteiligen.....	58	63.....	36
Heraushalten .....	25	20.....	46
Unentschieden.....	$\frac{17}{100}$	$\frac{17}{100}$ .....	$\frac{18}{100}$

“

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Einstellungen zu deutschen Waffenlieferungen  
an die Ukraine in Ost und West

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Deutschland unterstützt die Ukraine ja auch mit Waffenlieferungen. Wie ist Ihre Einstellung dazu: Finden Sie es richtig, der Ukraine Waffen zu liefern, oder sollte Deutschland keine Waffen an die Ukraine liefern?"

	Bevölkerung insgesamt %	West %	Ost %
Finde ich richtig.....	49	55.....	21
Sollte keine Waffen liefern .....	35	29.....	64
Unentschieden.....	<u>16</u>	<u>16</u> .....	<u>15</u>
	100	100	100

FRAGE: "Deutschland hat sich dazu bereit erklärt, der Ukraine auch schwere Waffen wie etwa Panzer zu liefern: Wie ist Ihre Einstellung dazu: Finden Sie es richtig, dass Deutschland schwere Waffen an die Ukraine liefert, oder sollte Deutschland keine schweren Waffen an die Ukraine liefern?"

	Bevölkerung insgesamt %	West %	Ost %
Finde ich richtig.....	37	41.....	21
Keine schweren Waffen liefern .....	44	38.....	70
Unentschieden.....	<u>19</u>	<u>21</u> .....	<u>9</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Haltungen zu Russland

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Sollte Deutschland sich darum bemühen, so rasch wie möglich wieder gute Beziehungen zu Russland aufzubauen?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Darum bemühen .....	36	31	57
Würde ich nicht sagen .....	44	48	26
Unentschieden.....	<u>20</u>	<u>21</u>	<u>17</u>
	100	100	100

FRAGE: "Kürzlich ist gefordert worden, dass die Bundesregierung Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen und die Regierung in Kiew ermutigen soll, den militärischen Widerstand gegen Russland zu beenden, wenn Russland dafür Verhandlungen über einen Waffenstillstand und über eine politische Lösung des Konflikts zusichert. Glauben Sie, es ist realistisch, dass Russland einem Waffenstillstand und einer politischen Lösung zustimmt, oder halten Sie das für unrealistisch?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Realistisch .....	17	15	28
Unrealistisch .....	63	66	47
Unentschieden.....	<u>20</u>	<u>19</u>	<u>25</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Frieden um den Preis der Unterwerfung?

Tabelle A 10  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges unterhalten sich hier zwei. Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –					
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
„Ich finde, man muss bereit sein, sein Land und die Freiheiten mit allen Mitteln zu verteidigen, also auch, wenn man angegriffen wird.“ .....	57	60	57	53	63	56	44
„Das sehe ich anders. Wirklich wichtig ist doch, dass die Menschen in Frieden leben können, auch wenn das vielleicht heißt, dass man sich einem anderen Land unterwirft.“ .....	22	20	20	27	18	34	33
Unentschieden.....	<u>21</u> 100	<u>20</u> 100	<u>23</u> 100	<u>20</u> 100	<u>19</u> 100	<u>10</u> 100	<u>23</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022



Grundsätzliche Haltungen zu Krieg

Tabelle A 11  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier ist einiges aufgeschrieben, was uns andere über Krieg gesagt haben.  
Was davon würden auch Sie sagen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Ein Verteidigungskrieg ist gerechtfertigt, um das Leben und die Freiheit von Menschen gegen einen Angriff zu verteidigen .....	64
Kein Krieg ist zu rechtfertigen, jeder Krieg bringt Leid und Tod und verstößt damit gegen Menschenrechte.....	62
Auch der Sieger eines Krieges hat durch den Krieg am Ende mehr Nachteile als Vorteile.....	58
Man muss kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen .....	39
Man darf nie riskieren, mit einer einer Atommacht Krieg zu führen .....	38
Im Interesse der Bevölkerung sollte man in einem Krieg auch nachgeben, wenn das den Krieg verkürzt .....	33
Man muss sich nicht militärisch wehren, man kann auch gewaltfrei oder durch zivilen Ungehorsam Widerstand leisten.....	20
Mein Glaube lässt die Unterstützung für einen Krieg nicht zu, auch wenn es um eine gerechte Sache geht.....	11
Nichts davon .....	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

„Frieden schaffen ohne Waffen“

Tabelle A 12  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Friedensbewegung hatte unter anderem den Leitspruch ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘. Hier steht Verschiedenes, was man über den Slogan ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘ sagen kann. Suchen Sie doch bitte auf dieser Liste alles heraus, was für Sie auf diesen Slogan passt.“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Drückt genau das aus, was ich mir wünsche .....	51
Utopisch, nicht zu verwirklichen.....	50
Wenn alle wollen, lässt sich das verwirklichen.....	46
Das wäre die einzige vernünftige Lösung .....	43
Ein Gebot der Vernunft .....	43
Spricht das Gefühl an, nicht den Verstand.....	41
Christlich .....	31
Stimmt nachdenklich.....	28
Gefährliche Vereinfachung .....	28
Gut gesagt.....	26
Damit kann man keine Politik machen.....	24
Leeres Gerede.....	20
Ein Motto, das in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird .....	17
Geht mir unter die Haut .....	12
Verführerisch .....	12
Nichts davon, keine Angabe .....	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
<b>Bundestagswahl</b>							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
<b>Bundestagswahl</b>							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. April	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0

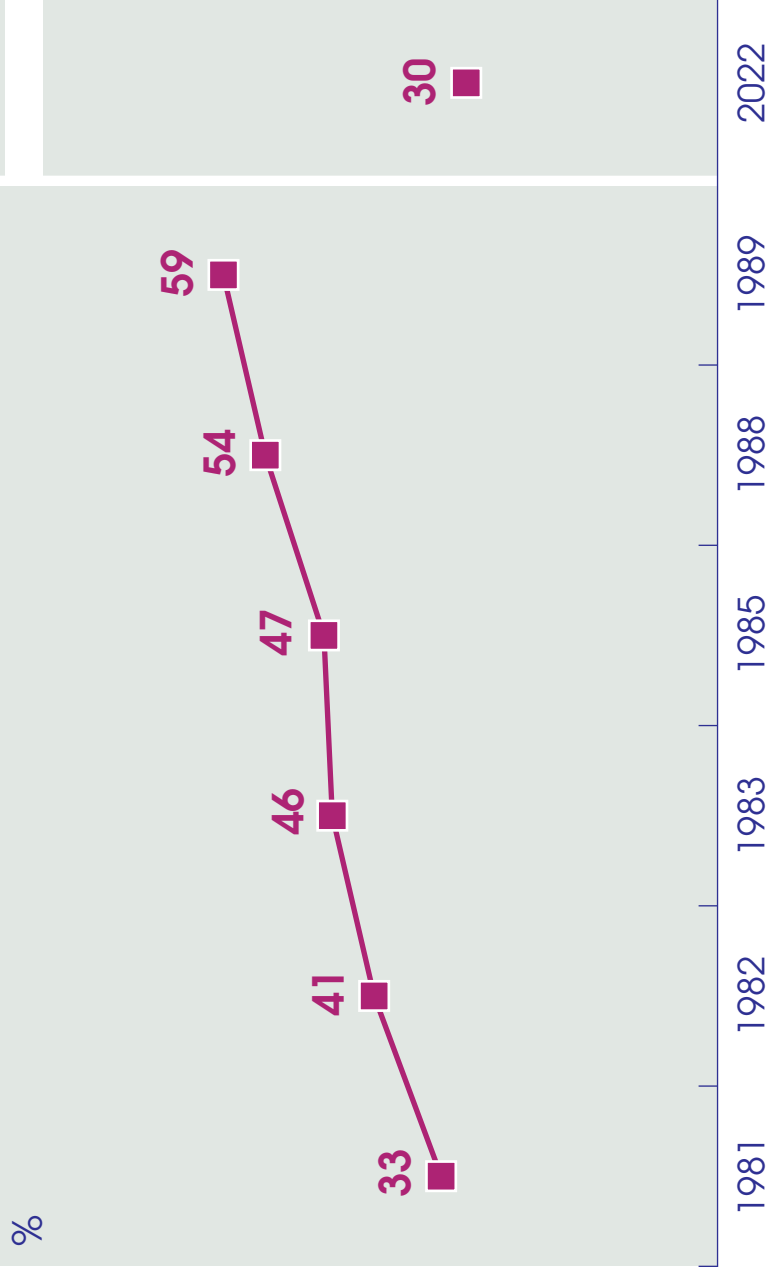
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.118 Personen.

*Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.*

## **Schaubilder**

# Westdeutschland: in den 80er Jahren geprägt von der Friedensbewegung

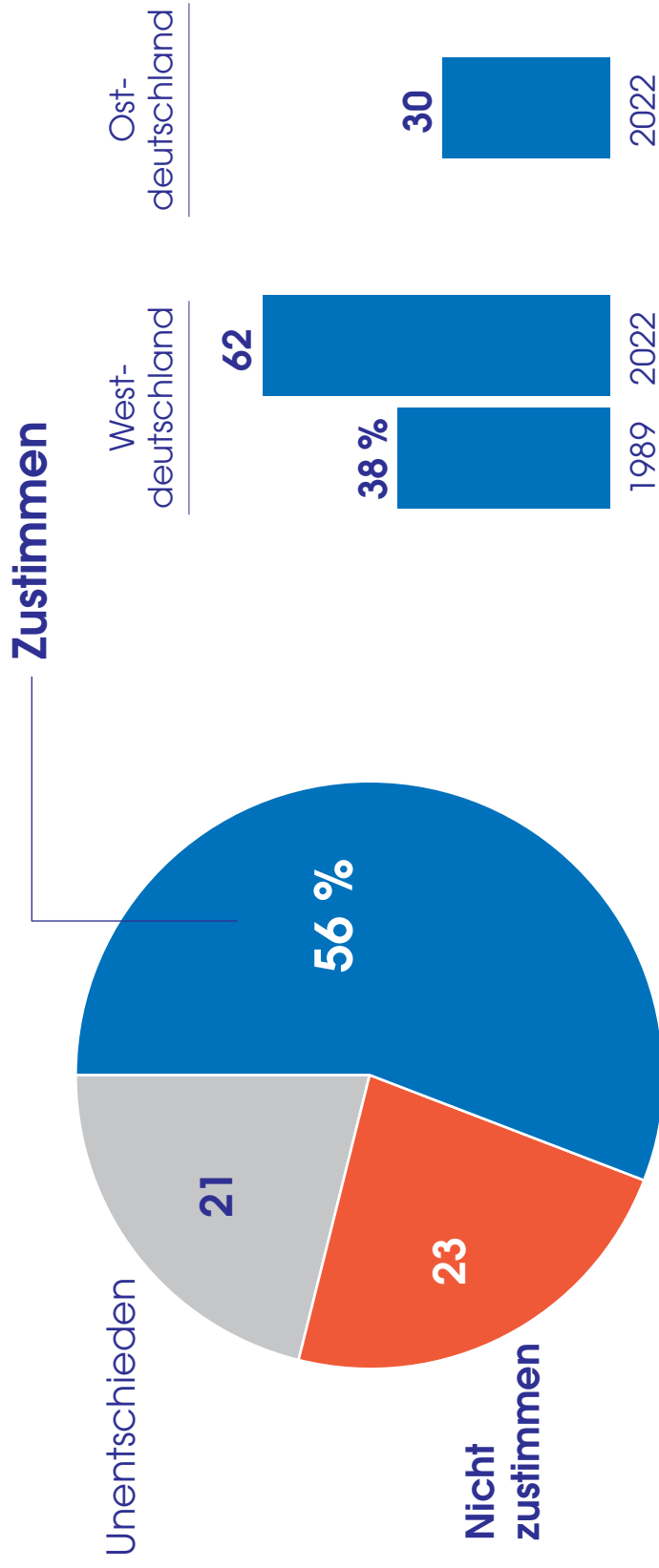
"Bei der Abrüstung kann es nur dann einen Fortschritt geben, wenn eine Seite einmal damit anfängt. Das wäre ein Vertrauensbeweis, den die andere Seite nicht außer Acht lassen kann. Das würde wirklich zu Frieden und Entspannung führen."



Basis: Westdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12054

# Sicherheit durch Abschreckung?

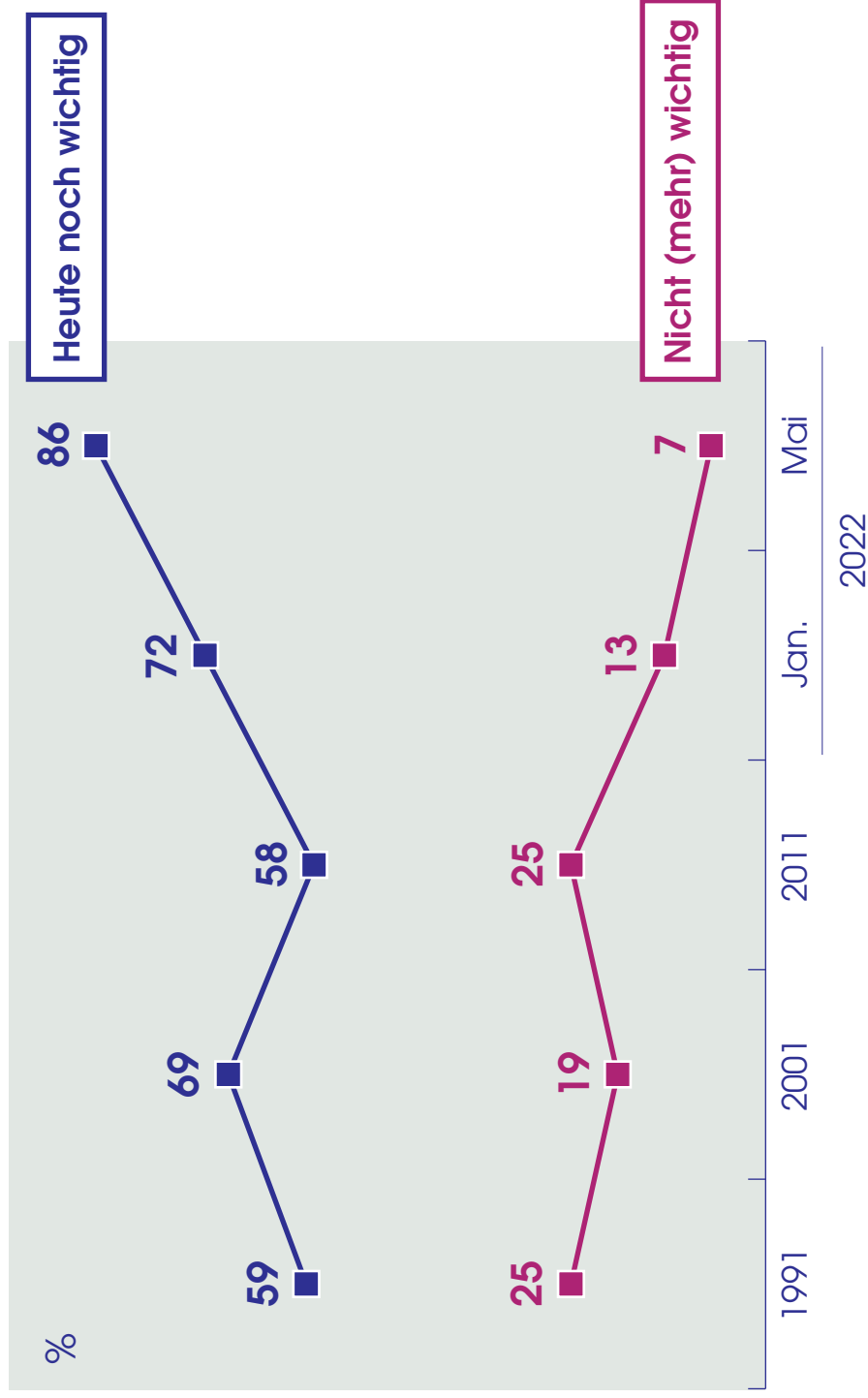
Frage: "Wenn jemand sagt, ein Angriff aus Russland kann am besten durch Abschreckung verhindert werden, wenn der Westen selbst ausreichend gerüstet ist. Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5026 und 12054

# Kaum noch Zweifel am Wert der NATO-Mitgliedschaft

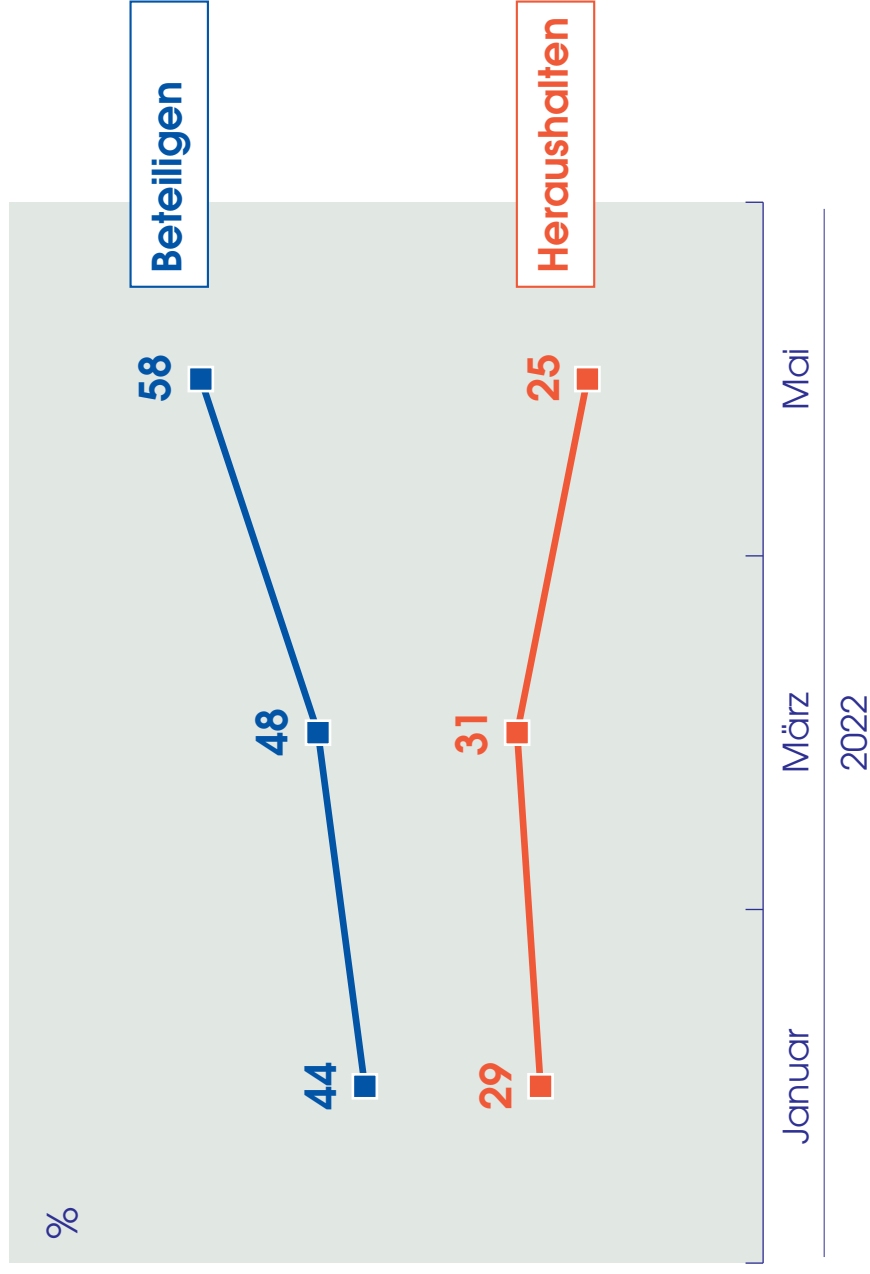
Frage: "Glauben Sie, dass es für die Sicherheit unseres Landes heute noch wichtig ist, dass wir Mitglied in der NATO sind, oder ist das heute für die Sicherheit unseres Landes nicht mehr wichtig, oder war das noch nie wichtig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12054

# Wachsende Akzeptanz der Bündnispflichten

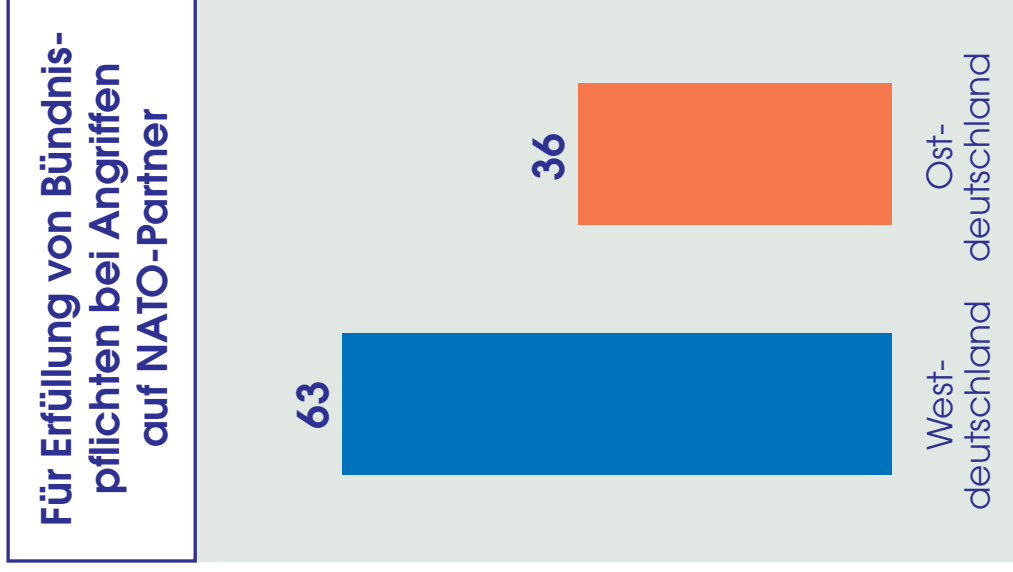
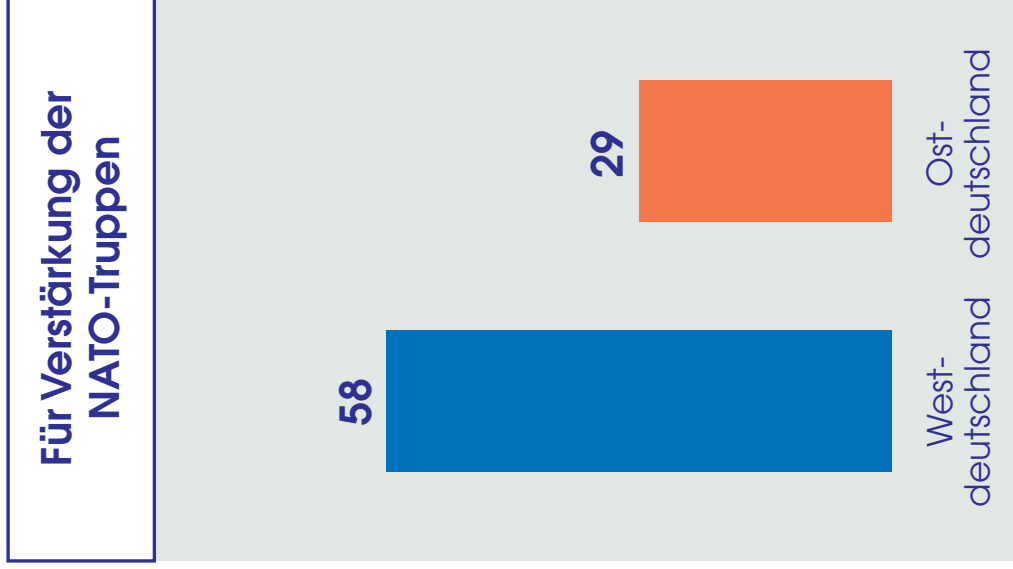
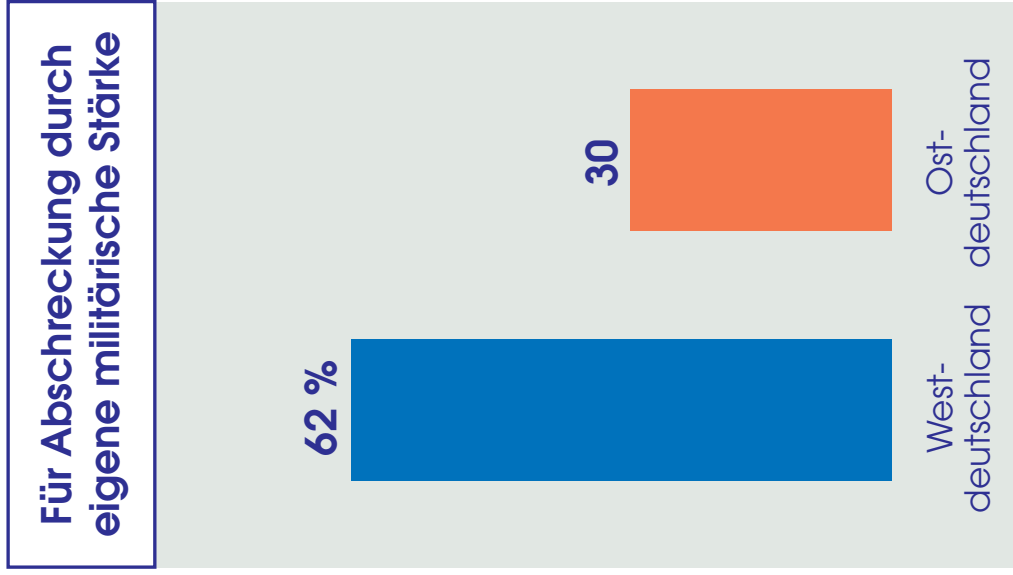
Frage: "Einmal angenommen, ein anderer NATO-Mitgliedstaat wird angegriffen: Sollte sich Deutschland in diesem Fall an einem Militäreinsatz zur Verteidigung dieses Landes beteiligen, oder sollte Deutschland sich möglichst aus einem Militäreinsatz heraushalten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12048, 12051, 12054



# Positionenunterschiede zwischen Ost und West



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 122  
vom 27. Mai 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Neues Leitbild ‚Wehrhafter Frieden‘.  
Der Ukrainekrieg hat die Stimmung völlig verändert."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

## Neues Leitbild „Wehrhafter Frieden“

Es ist heute kaum noch vorstellbar, in welchem Ausmaß die Friedensbewegung in den 80er-Jahren die Gesellschaft mobilisierte und veränderte. In Europa und auch Amerika demonstrierten damals Hunderttausende gegen Nachrüstung und Atomwaffen. Im Oktober 1981 demonstrierten in Bonn 350 000 Menschen, 1982 erlebte New York mit einer Million die größte Demonstration; fast zeitgleich demonstrierten 500 000 in Bonn anlässlich des Staatsbesuchs des damaligen Präsidenten Reagan.

Die Friedensbewegung veränderte Politik und Gesellschaft. Das Parteienspektrum erweiterte sich durch das mit der Friedensbewegung eng verbundene Wachstum der Grünen, gleichzeitig vollzog die SPD eine Kehrtwende ihrer Sicherheitspolitik. Helmut Kohl kam im Rückblick immer wieder darauf zu sprechen, dass er von einem Hubschrauber aus die protestierenden Massen im Bonner Hofgarten sah und sich fragte, ob es sein könne, dass sich demart viele irrten, die sich gegen die von ihm verfochtene Nachrüstung wandten.

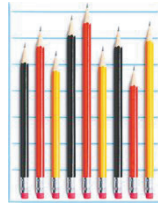
Die Bevölkerung identifizierte sich zunehmend mit der Friedensbewegung, insbesondere die junge Generation: 1984 unterstützten 54 Prozent der Westdeutschen, 67 Prozent der unter 30-Jährigen die Friedensbewegung. Die in dieser Zeit fortgeführten Trendreihen des Allensbacher Instituts zeigen, dass sich die Überzeugung, dass Vorleistungen bei der Abrüstung den Weg zu dauerhaftem Frieden ebnen würden, über die 80er-Jahre hinweg kontinuierlich ausbreitete: „Bei der Abrüstung kann es nur einen Fortschritt geben, wenn eine Seite einmal damit anfängt. Das wäre ein Vertrauensbeweis, den die andere Seite nicht außer Acht lassen kann. Das würde wirklich zu Frieden und Entspannung führen“ – diesem Credo stimmten 1981 33 Prozent der Westdeutschen zu, 1985 47 Prozent, 1989 59 Prozent. Unter den Anhängern der Grünen gab es einen noch weitgehenderen Konsens: 77 Prozent votierten für Vorleistungen bei der Abrüstung, nur elf Prozent waren dagegen.

Dagegen nahm die Sorge, sich durch Abrüstung auszuliefern und erpressbar zu machen, kontinuierlich ab. Zu Beginn der 80er-Jahre teilten noch 46 Prozent der Westdeutschen diese Sorge, am Ende der 80er-Jahre nur noch 26 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt war auch nur noch eine Minderheit überzeugt, dass Abschreckung durch eigene militärische Schlagkraft ein Sicherheitsgarant sein kann. 38 Prozent der Westdeutschen ersahen das damals plausibel, sechs Prozent Anhängern der Grünen.

Alle diese Entwicklungen vollzogen sich vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes der scheinbar fest gefügten und hochgerüsteten Blöcke. Dann veränderten der Fall der Mauer, die Auflösung des Warschauer Paktes und der Zerfall der Sowjetunion die Welt und damit die Weltbilder. Plötzlich schienen die Gefahren dieser Konfrontation gebannt, der Friede gesichert, Freiheit und Demokratie unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Die Friedensbewegung verebbte, die Gegnerschaft gegen Atom fokussierte sich auf die Kernenergie, aber kaum mehr auf die Atomwaffenarsenale, die ja fortbestanden oder sogar neu aufgebaut wurden durch Staaten mit teils besorgniserregender Instabilität.

Nun, gut drei Jahrzehnte später, herrscht Krieg in einem europäischen Land, der von einer Atommacht geführt wird gegen ein Land, das gegen internationale Sicherheitsgarantien auf die nach 1991 im Land verbliebenen Atomwaffen verzichtet hatte. In den ersten Kriegswochen überwoogen in Deutschland Schock und die Sorge, dass das Land in den Krieg hineingezogen werden könnte. Plötzlich war auch die Angst vor Atomwaffen wieder da; 68 Prozent der Bevölkerung waren sehr besorgt, dass Russland Atomwaffen einsetzen könnte, sind es überwiegend auch noch.

Aber die Stimmung ist völlig anders als in den 80er-Jahren. Sicherheit durch eigene militärische Stärke hält heute die Mehrheit der Bürger für ein überzeugendes Konzept. Statt 38 Prozent wie 1989 sind heute 62 Prozent der Westdeutschen überzeugt, dass einem Angriff durch Russland am besten



Der Ukrainekrieg hat die Stimmung völlig verändert.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

durch Abschreckung vorgebeugt werden kann, durch die Stärkung der eigenen militärischen Schlagkraft. Einseitige Vorleistung bei der Abrüstung hält nur noch jeder Dritte für aussichtsreich, gegenüber 59 Prozent am Ende der 80er-Jahre. Die Mehrheit ist überzeugt, dass sich ein Staat durch einseitige Abrüstung erpressbar macht.

Besonders bemerkenswert ist die Neupositionierung der Grünen. Nach dem Ausbruch des Krieges und der raschen und klaren Positionierung der grünen Minister und Parteispitze wurde häufiger die These vertreten, dass dies die Partei, die auch aus der Friedensbewegung der 80er-Jahre hervorgegangen ist und von ihr zutiefst geprägt war, in eine Zerreißeprobe führen und ihr einen Teil ihrer Anhänger entfremden würde. Tatsächlich versammelt sich jedoch die große Mehrheit der Anhänger hinter dem Kurs ihrer führenden Politiker, und die Grundhaltungen zu Abschreckung durch eigene militärische Stärke und zur Abrüstung haben sich in keiner politischen Gruppierung vergleichbar verändert wie bei den Grünen. 1989 waren nur sechs Prozent der westdeutschen Anhänger der Grünen überzeugt, dass wirksame Abschreckung die beste Verteidigung ist, heute sind es 62 Prozent. Die Hoffnung, dass einseitige Vorleistungen bei der Abrüstung Erfolg versprechend sind, ist von 77 auf 35 Prozent geschrumpft.

Bemerkenswert ist jedoch, wie unterschiedlich Ost und West auf die aktuelle

Krise reagieren. Während die große Mehrheit im Westen Abschreckung durch eigene militärische Stärke für geboten hält, teilen nur 30 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung diese Auffassung. 58 Prozent der Westdeutschen votieren für eine Verstärkung der NATO-Truppen, dagegen nur 29 Prozent der Ostdeutschen; fast die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung spricht sich dagegen aus, in Westdeutschland nur 17 Prozent.

Zwar ist auch in Ostdeutschland unter dem Eindruck des Krieges der Rückhalt für die Mitgliedschaft in der NATO signifikant gewachsen, bleibt aber nach wie vor weit hinter dem Rückhalt in Westdeutschland zurück: 91 Prozent der Westdeutschen, 62 Prozent der Ostdeutschen halten es für wichtig, dass Deutschland zum Schutz seiner eigenen Sicherheit NATO-Mitglied ist. Wenn als Alternative Neutralität und Rückzug aus militärischen Bündnissen zur Diskussion gestellt wird, ist das Meinungsbild in Westdeutschland eindeutig, in Ostdeutschland dagegen völlig gespalten: Während die große Mehrheit der Westdeutschen diese Option für Deutschland ausschließt, teilen 38 Prozent der Ostdeutschen diese Position; 37 Prozent votieren dagegen für Rückzug und Neutralität. Interessant sind bei dieser Frage die übereinstimmenden Reaktionen der Anhänger der AfD und der Linken: Sie

stimmen – anders als die Anhänger aller anderen Parteien – mehrheitlich für Rückzug und Neutralität.

Insgesamt ist nach dem Angriff auf die Ukraine der Rückhalt für die Mitgliedschaft in der NATO auf einem Höhepunkt: 86 Prozent halten die Mitgliedschaft für wichtig. Auch das Bewusstsein, dass daraus Bündnispflichten erwachsen, und die Bereitschaft, diese Pflichten zu akzeptieren, sind gewachsen. Im Januar votierten 44 Prozent der Bevölkerung dafür, dass sich Deutschland an der Verteidigung eines angegriffenen NATO-Partners beteiligen sollte, im März 48 Prozent, jetzt 58 Prozent. Auch hier scheiden sich wieder Ost und West: Während 63 Prozent der Westdeutschen dafür plädieren, in einem solchen Fall den Bündnispflichten nachzukommen, wird diese Position in Ostdeutschland nur von 36 Prozent unterstützt; eine relative Mehrheit hält es dagegen für besser, alles zu versuchen, sich herauszuhalten.

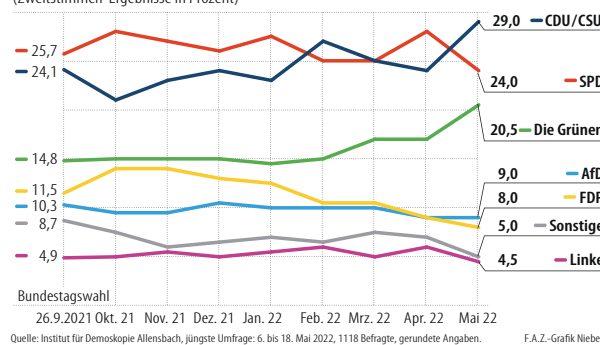
Auch jenseits der Bündnispflichten steht die ostdeutsche Bevölkerung jeglichem militärischen Engagement kritischer gegenüber. Das gilt besonders für die Unterstützung der Ukraine. 55 Prozent der Westdeutschen, aber nur 21 Prozent der Ostdeutschen befürworten Waffenlieferungen an die Ukraine; die Lieferung schwerer Waffen wird in West und Ost kritischer gesehen. Westdeutschland ist in dieser Frage gespalten, in Ostdeutschland wird die Lieferung schwerer Waffen von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt. Die großen Unterschiede zwischen Ost und West gehen nicht nur auf eine geringere Unterstützung der ostdeutschen Bevölkerung für jegliches militärisches Engagement zurück. Vielmehr spielt hier für Ostdeutsche auch eine große Rolle, dass Russland involviert ist. Nach wie vor wird Russland – wie auch die USA – in Ostdeutschland anders gesehen als in Westdeutschland. Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung spricht sich für Bemühungen aus, so rasch wie möglich wieder gute Beziehungen zu Russland zu etablieren, eine Forderung, die die Mehrheit in Westdeutschland zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen kann. Die unterschiedlichen historischen Prägungen sind nach wie vor wirksam.

Hoffnungen, dass es in absehbarer Zeit zu einer Verhandlungslösung kommt, hält die große Mehrheit für unrealistisch. 63 Prozent glauben nicht, dass Russland dazu bereit ist, selbst wenn die Waffenlieferungen eingestellt würden und die Ukraine signalisierte, ihren Abwehrkampf zu beenden. Hier überwiegt auch in Ostdeutschland die Skepsis. Einen Frieden, der mit Unterwerfung bezahlt wird, hält die Mehrheit für nicht akzeptabel: Nur 22 Prozent halten diesen Preis für gerechtfertigt, wenn damit erreicht wird, dass die Menschen wieder in Frieden leben können. 57 Prozent vertreten dagegen die Position, dass man bereit sein muss, sein Land und die Freiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Am wenigsten wird diese Haltung von den Anhängern der AfD vertreten, am entschiedensten von den Anhängern der Grünen.

All das bedeutet nicht, dass die Bevölkerung Frieden und Friedenssicherung heute geringere Bedeutung beimisst. Zwei Drittel halten nur einen Verteidigungskrieg für gerechtfertigt; die meisten von ihnen betonen, dass jeder Krieg unermessliches Leid mit sich bringe. Die Mehrheit ist auch überzeugt, dass ein Krieg selbst für den Sieger überwiegend Opfer und Nachteile mit sich bringe. „Frieden schaffen ohne Waffen“ – dieser Slogan der Friedensbewegung drückt heute noch mehr als in den 80er-Jahren das aus, was sich die Bevölkerung von Herzen wünscht. Gleichzeitig wird diese Vision jedoch heute von der Mehrheit als utopisch bewertet. Die Bevölkerung ist alles andere als bellizistisch gestimmt. Sie ist heute jedoch mit einem erbarungslosen Angriffskrieg konfrontiert, der keinen Raum für Hoffnungen lässt, dass alle Seiten auch aus eigenem Interesse an Friedenssicherung und dem Wohl der Menschen interessiert sind. Und so trägt Putins Krieg dazu bei, dass das neue Leitbild der Bevölkerung der wehrhafte Frieden ist.

### Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

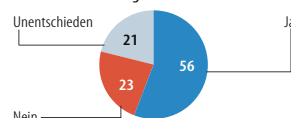


### Sicherheitspolitik in Deutschland

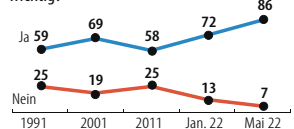
Bei der Abrüstung kann es nur dann einen Fortschritt geben, wenn eine Seite damit anfängt



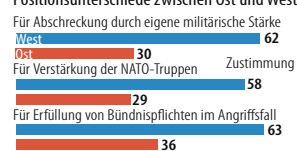
Wird ein Angriff aus Russland am besten durch Abschreckung verhindert?



Ist eine Mitgliedschaft in der Nato heute noch wichtig?



Positionsunterschiede zwischen Ost und West



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel